

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und die Anwerter der Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 23.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis für Abonnenten: 10 Mark pro Jahr und 10 Mark pro Vierteljahr. Anzeigenpreis: 10 Mark pro 1000 Zeilen. Postamt-Preis für den Vertrieb: 10 Mark pro 1000 Zeilen.

Telegramme: Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 70

Mittwoch, den 24. März 1926

21. Jahrgang

Locarnodebatte im Reichstag.

Stresemann verteidigt die deutsche Delegation.

Berlin, 23. März.

Die große Aussprache im Reichstage über die Genfer Vorgänge begann gestern mit einer eingehenden Darstellung des Reichsaussenministers.

Reichsaussenminister Stresemann

eröffnete zunächst, daß die Parteien mit großer Mehrheit beschlossen haben, auf eine Erörterung im Auswärtigen Ausschuss zu verzichten. Um so mehr halte er sich für verpflichtet, die Grundgedanken der Genfer Verhandlungen darzulegen.

Aus der Vorgeschichte der Genfer Verhandlungen war besonders bemerkenswert, daß der Völkerbundrat als geschlossene Körperschaft im Februar 1925 den Wunsch ausdramte, mit Deutschland im Rate zusammenzuarbeiten. Deutschland hat sich nach Ueberwindung schwerer grundsätzlicher Bedenken zum Eintritt in den Völkerbund entschlossen, aber es hat sich seinerseits nicht dazu gedrängt. Zweimal ist Deutschland gerufen worden: einmal aus der Völkerbundversammlung 1924 heraus, das zweite Mal auf Wunsch der Mächte, die den Locarnofrieden nur unter der Bedingung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund abschließen wollten. Daraus entstand die Pflicht dieser Mächte, ihrerseits alles zu tun, was dieses Inkrafttreten der Locarnoverträge ermöglichte, nachdem sie selbst die Zugehörigkeit Deutschlands zum Völkerbund als Kernstück der Locarnoverträge bezeichnet hatten. (Sehr richtig!)

Die deutsche Delegation hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine Vermehrung der Ratsitze in Genf die Zurücknahme des deutschen Aufnahmeforschusses zur Folge

haben würde. Von irgendeinem früher bekanntgewordenen Anspruch auf einen ständigen Sitz für Polen konnte nicht die Rede sein. Aber wenn den anderen Staaten, Spanien und Brasilien, in irgendeinem früheren Stadium gesagt worden war, daß beim Eintreten einer Großmacht, die einen ständigen Sitz erhalte, denn auch ihre Ansprüche aufleben würden, so konnte sich doch naturgemäß eine derartige Zusage nur beziehen auf den Termin einer ordentlichen Sitzung des Völkerbundes, in der die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund auf der Tagesordnung stand. Bei der Beantwortung des deutschen Schreibens wäre doch der Moment gewesen, wo diese Ansprüche der anderen Mächte und mitgeteilt werden mußten. (Sehr wahr!) Wir haben deshalb folgende Fragen aufgeworfen:

1. Soll eine Maximalgrenze festgesetzt werden für die Gesamtzahl der Sitze im Völkerbundrat, d. h. soll Klarheit geschaffen werden, aus wie viel Mitgliedern denn der Rat bestehen soll?
2. Soll das Verhältnis der ständigen Sitze zu den nichtständigen Sitzen geregelt werden? Jede Vermehrung der ständigen Sitze ist natürlich eine Vermehrung der Sitze der großen Nationen gegenüber den Kleinen.
3. Soll der bisherige Modus über die Wahl der ständigen Sitze beibehalten oder geändert werden?
4. Ist es beabsichtigt, für die nichtständigen Sitze einen Turnus einzuführen?
5. Soll es möglich sein, daß sich Gruppen zusammenschließen im Völkerbund, die als Gruppen eine Vertretung haben, oder soll die Vertretung im Rat lediglich die freie, von keiner Richtung beeinflusste Vertretung des einzelnen Staates sein?

Erst, wenn alle diese Fragen grundsätzlich geregelt worden waren, konnten wir zu der Frage Stellung nehmen, welche Mächte bei einer Vermehrung des Rates nach diesen oder jenen Grundsätzen in Betracht kamen.

Es hat in der Öffentlichkeit auch den Anschein erweckt, als wenn manche Kreise bei uns etwas hochmütig auf jene Staaten herabsehen, die in anderen Erdteilen liegen

und mit unserer Zivilisation wenig bekannt sind. Das halte ich aber für einen großen außenpolitischen Fehler. (Sehr wahr!) Aus dieser falschen Einstellung heraus ist man meines Erachtens vor dem Kriege auch zu einer falschen Beurteilung der Balkanstaaten gelangt.

Es dürfte nicht der Eindruck erweckt werden, als ob der Völkerbund eine europäische Angelegenheit sei. In der europäischen Mächte sich die Herrschaft über andere Länder anmaßten. Der Völkerbund muß in seiner wahren Gestalt ein Weltvölkerbund sein, und der Anspruch großer Kontinente, in ihm zur Mitarbeit vertreten zu sein, wird dem Völkerbund am wertvollsten sein.

bestritten. Was uns in dieser Zeit das Recht zu Vorwürfen und zur Erregung gab, war der fortgesetzte Versuch, die ganze Verantwortlichkeit auf die deutschen Schultern zu legen.

Es war bekannt, daß Schweden widersprechen würde. Das Gegebene war, sich erst der Einmütigkeit im Völkerbundrat zu versichern und erst dann an Deutschland heranzutreten, nicht aber den ganz falschen Eindruck zu erwecken, als ob Deutschland der Vormund Schwedens sei.

Jetzt kam die dritte Phase der Genfer Verhandlungen. Die schwedische Delegation war zu der Ueberlegung gekommen, ob nicht der Wunsch nach Schaffung eines neuen Sitzes durch

ein Opfer Schwedens

erfüllt werden könne. Um den Völkerbund vor einer Krise zu bewahren, wolle es seinerseits auf ein Mandat verzichten, sei es sofort, sei es später.

Wir haben den idealen, den rein idealen Gesichtspunkt Schwedens, eines Mannes wie Unden, durchaus gewürdigt. Aber als Schweden in dieser Situation uns gefragt hat, wie wir zu einer solchen Geste stehen würden, haben wir nach einiger Bedenkzeit nicht geögert. Ihm zu sagen, daß dieses Opfer vergeblich sein würde, und zwar von dem Gesichtspunkt aus, daß unzweifelhaft Deutschland zwar ein formelles Einspruchsrecht gegen die Niederlegung des Mandats nicht zustehe, daß aber, wenn der Ausgang ein solcher ist, daß an Stelle des neutralen Staates ein der Entente nahestehender Staat gewählt würde, der politische Charakter des Völkerbundes, soweit er von Gruppeneildungen bestimmt würde, so geändert würde, daß das für uns praktisch die unerfreulichste Lösung sein würde in der Gesamteildung des Völkerbundes.

Auf Grund dieser neuen Erklärung der Deutschen Delegation, daß auch dieses Opfer vergeblich sei, sind dann andere Vorschläge von den Gegenpartnern gemacht worden. Um eine bessere Lösung zu finden, erwuchs jener Gedanke, Schweden dürfe nicht allein verzichten, wir sehen ein, daß die Deutschen das nicht tragen können, die Lösung kann nur sein, daß neben diesem neutralen Staate ein Staat mit anderer Einstellung ebenfalls verzichte. Darauf kam am nächsten Tage der

Verzicht der Tschechoslowakei.

In dieser Situation kam die Mitteilung des brasilianischen Vertreters.

Brasilien stand nicht gegen Deutschland,

und in der Rede von Mello Franco in der letzten Sitzung erklärte dieser, daß er sich nicht gegen den deutschen Sitz wende, daß er ebenso wie andere Mächte wünsche, daß Deutschland im Völkerbund vertreten sei, daß seine Stellungnahme aber von der Auffassung ausgehe,

daß Brasilien sich gegen eine Europäisierung des Völkerbundes wenden müsse;

und dann kam ein vielbeachteter Satz, der dem Sinne nach hieß:

Es steht doch nicht so, daß der Völkerbund wegen der Locarnomächte da ist und sich nach ihnen zu richten hat, er dürfe nicht eingebaut werden in das Locarnowerk, sondern das Locarnowerk müsse eingebaut werden in den Völkerbund.

In der brasilianischen Presse ist zum Ausdruck gekommen, daß die deutsche Haltung eine Herausforderung darstelle, es sei unfreundlich von Deutschland gewesen, den brasilianischen Anspruch zurückzuweisen. Ich verweise demgegenüber auf das Verhalten Spaniens. Spanien ist tief gekränkt gewesen, daß es in dieser Sitzung keinen Sitz im Völkerbundrat erhielt, und Spanien hat deswegen sogar gedroht, sich vom Völkerbund zurückzuziehen. Es hat aber gleichseitig erklärt, daß es sich dadurch nicht abhalten lasse, für Deutschland zu stimmen. (Bravo!) Brasilien glaubte, eine andere Stellung einnehmen zu können. Es hat damit die Verantwortung für den Verlauf der Genfer Tagung auf sich genommen. Nach dieser Stellungnahme Brasiliens war das Hauptthema das, ob durch diesen Scheitern des Völkerbundes auch die Locarno-Politik einen Scheitern solle.

Wir freuen uns, daß die Auffassung aller beteiligten Mächte dahin ging, diese Politik fortzusetzen. Wir haben uns ferner darüber geeinigt, was aus dem deutschen Gesuch wegen Aufnahme in den Völkerbund werden soll. Wir sind uns klar gewesen, daß ein Fortbe-

stehen des Gesuches nur möglich wäre, wenn eine Entschließung des Völkerbundes selbst gefaßt werde, die zum Ausdruck brächte, daß der Eintritt Deutschlands zwar jetzt nicht vollzogen werden könne, aber doch bei nächster Gelegenheit. Dieser Antrag ist von Irland gestellt worden und hat die einmütige Zustimmung des Völkerbundes gefunden. Die einzige große Sitzung der letzten Tagung war ausgefüllt mit Erklärungen der verschiedensten Mächte, die das Bedauern darüber ausdrückten, daß jetzt die Aufnahme Deutschlands nicht möglich sei, aber den Wunsch nach Aufnahme Deutschlands ausdrücklich zu erkennen gaben.

lassen Sie mich nach dieser Darstellung der Genfer Vorgänge nun das Ergebnis würdigen. Der Ausgang der Verhandlungen ist nach den verschiedensten Gesichtspunkten hin tief zu bedauern.

Billige Lorbeeren.

Ich weiß wohl, welche Rückschlüsse uns aus der Heimat gekommen sind, daß Telegramme und Depeschen gekommen sind, daß wir adrien sollten. Ich glaube, wir hätten sehr billige Lorbeeren ernten können in den ersten Tagen unseres Eintreffens in der Heimat. Aber wir haben so doch die Erkenntnis wahrzuzuführen können, was die Schuldfrage bedeutet.

Deutschland steht jetzt vor der Entscheidung,

ob es angesichts der Krise des Völkerbundes, angesichts dieses Ausgangs seine grundsätzliche Einstellung gegenüber dem Völkerbund ändern soll oder nicht. Ich bin der Ansicht: Ist die Krise des Völkerbundes nicht eine Krise dadurch, daß gerade durch die Tatsache des Eintritts Deutschlands der Völkerbund als Instrument der Siegerstaaten doch eine grundlegende Veränderung erlitt? Wir haben uns die Frage vorgelegt, ob wir unser Ziel der gleichberechtigten Mitwirkung im Völkerbund weiter verfolgen sollen.

Diese Frage wird dadurch entschieden werden, ob wir die Entwicklung in Genf als eine neue Niederlage Deutschlands betrachten sollen oder nicht. Das erstere ist eine Anschauung, die es nur in Deutschland gibt. (Sehr wahr! b. v. Regierungsparteien.) Eine Politik ist doch nicht deshalb falsch, weil sich ihrer Durchführung Schwierigkeiten entgegenstellen. Ich darf doch darauf hinweisen, wie verschieden die Auffassungen waren von der künftigen Stellung Deutschlands im Völkerbunde. Es war gesagt worden: Da geht der deutsche Michel nun wieder hin nach Genf. Was werden wir denn im Völkerbund sein: fünftes Rad am Wagen, ein Satellit Frankreichs! Das trifft doch nicht zu. Es handelt sich geradezu um einen Kampf um unsere Stellung im Völkerbund. Wir haben diesen Kampf fortzusetzen, zumal der Völkerbund sich in seiner überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt gestellt hat, Deutschland als Mitglied des Völkerbundes zu sehen.

Wir deubtsichtigen nicht, uns irgendeiner Mächtegruppierung im Völkerbunde anzuschließen. Wir haben auch nicht die Absicht, mit einem ständigen Sitz das Renomee der Großmächte zu betonen. Nicht wir haben diesen Unterschied zwischen ständigen und nichtständigen Sitzen geschaffen. Auch wenn wir in den Völkerbund gehen, schließt das nicht aus, daß wir mit allen Mächten in Frieden leben wollen.

Wir sind moralisch nicht geschwächt

aus Genf hervorgegangen. Vor dem Kriege und während des Krieges haben wir den Fehler begangen, den Großmachtsfaktor der öffentlichen Meinung der Welt nur sehr gering einzuschätzen. (Sehr wahr!) Es wäre ein Verbrechen, das jetzt wieder zu tun. Deshalb dürfte unter keinen Umständen der Verdacht einer Schuld an einem Mißerfolg in Genf auf Deutschland ruhen.

Wir haben in Genf eine moralische Genugtuung erlangt.

Als erster Redner der Parteien sprach danach Abg. Graf Westarp für die Deutschnationalen.

Er erklärte: Wir lehnen mit Schärfe den Optimismus ab, der da den Versuch macht, das, was in Genf geschehen ist, zu beschönigen oder gar als einen Erfolg der deutschen Politik, einen Fortschritt Deutschlands in der Richtung der Welt, eine Förderung seiner Interessen hinzustellen. Uns fehlt für Auffassungen, wie sie der Herr Außenminister soeben vorgetragen hat, jedes Verständnis. (Sehr richtig! richtig.) Als eine Demütigung empfinden wir es, daß die deutschen Unterhändler trotz aller Versicherungen und Zusagen der Gegenseite mit ihrem Ausnahmegefühle in Genf zehn Tage lang haben warten müssen, um unrichtigste Sache wieder abzugleichen. Wir müssen es mißbilligen, daß die Herren Außen und Stresemann in ihrem Bestreben, die einmal

528
4/2